

Text

2034 Rechte und Zugänge

2035 (217) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige
2036 Demokratie
2037 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen
2038 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen
2039 Staates sind
2040 die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte
2041 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar,
2042 sondern
2043 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.

2044 (218) Staatlich garantierte Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und
2045 Daseinsvorsorge, die
2046 Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang zu Bildung und
2047 öffentlicher Meinungs-
2048 und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit für politische
2049 Beteiligung gehören zu
2050 einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.

2051 (219) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen
2052 oder
2053 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in
2054 Entscheidungsprozessen
2055 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale
2056 demokratische
2057 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer
2058 globaler
2059 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale
2060 Herausforderungen geben.
2061 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken,
2062 soll sich die
2063 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.

2064 (220) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann
2065 jeder Mensch
2066 seine Meinung frei äußern und jede*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung
2067 aushalten. Hass
2068 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

2069 (221) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat*innen. Die Freiräume einer starken
2070 und
2071 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne
2072 ehrenamtliches Engagement würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren.
2073 Demokratie lebt von
2074 Menschen, die sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in
2075 Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs,

2076 Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in
2077 Bewegungen.

2078 Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft
2079 zusammenhält,

2080 deshalb muss Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden.

2081 (222) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in
2082 einer

2083 lebendigen Demokratie.

2084 (223) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre
2085 Weiterentwicklung. Es

2086 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren

2087 entgegenzuwirken, um die

2088 Demokratie lebendig zu halten. Durch Offenheit für neue

2089 Beteiligungsmöglichkeiten wird

2090 Vertrauensverlusten und einer einseitigen Interessenslage in demokratischen

2091 Prozessen

2092 entgegengewirkt.

2093 (224) Repräsentationsdefizite machen die parlamentarische Demokratie angreifbar.

2094 Ein

2095 demokratisches Miteinander muss die Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer

2096 wieder neu

2097 schaffen und Ausschlüssen und Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen

2098 entgegenwirken. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen

2099 Institutionen und Einrichtungen abbilden.

2100 (225) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen

2101 demokratischen

2102 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und

2103 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind

2104 Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-,

2105 gesellschaftliche und

2106 politische Arbeit zu vereinbaren.

2107 (226) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt

2108 entscheiden zu

2109 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Digitale

2110 Plattformen, die

2111 nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in

2112 freien

2113 Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide

2114 Medienbildung von

2115 Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake

2116 News.

2117 (227) Voraussetzung für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die

2118 Akzeptanz der

2119 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und

2120 Menschenrechte. Eine

2121 Gesinnung, die dem oder der Einzelnen seine bzw. ihre individuellen Bedürfnisse

2122 und

2123 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist

2124 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer
2125 Gleichheit.
2126 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenslichung sind
2127 zentral für
2128 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

2129 (228) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die
2130 kaum Zugang zu
2131 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben,
2132 sind häufig
2133 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für
2134 politische
2135 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind
2136 notwendige
2137 Bedingungen für Demokratie.

2138 (229) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln, wirtschaftliche
2139 Staatsbürgerrechte sind Teil der demokratischen Rechte des Einzelnen. Die
2140 sozial-ökologische
2141 Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionärsbeteiligung sowie
2142 gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften.
2143 Im Sinne
2144 der Gemeinwohlökonomie soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und
2145 Betroffenen
2146 ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

2147 (230) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen
2148 gefährdet
2149 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise
2150 personellen
2151 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger*innen sowie
2152 die
2153 entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann Lobbyismus von finanzstarken
2154 Akteur*innen,
2155 der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire
2156 Aushandlungsprozesse
2157 sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

2158 (231) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist
2159 eine wichtige
2160 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung
2161 der EU.

2162 **Repräsentanz und Beteiligung**

2163 (232) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich
2164 Meinungen,
2165 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und
2166 gerecht
2167 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische
2168 Demokratie
2169 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

2170 (233) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn
2171 Millionen
2172 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an
2173 Staatsbürger*innen
2174 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16
2175 gelten und
2176 sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

2177 (234) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat
2178 unserer
2179 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke
2180 Kontrollrechte
2181 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen
2182 zwischen
2183 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits
2184 von starren
2185 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten
2186 zum Finden
2187 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es
2188 zentral, die
2189 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu
2190 können.

2191 (235) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die
2192 Möglichkeit zu
2193 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.
2194 Demokratie
2195 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen,
2196 Interessen und
2197 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische
2198 Auseinandersetzung
2199 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen
2200 und
2201 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von
2202 Parlaments-
2203 und Staatsämtern.

2204 (236) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden
2205 von
2206 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien
2207 von
2208 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die
2209 Unabhängigkeit
2210 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden
2211 erlaubt
2212 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien
2213 aus.

2214 (237) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative
2215 Demokratie. Mit
2216 Bürgerräten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die
2217 Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen
2218 zu lassen.

2219 Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über
2220 eine konkrete
2221 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die
2222 öffentliche
2223 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt
2224 sicherzustellen, dass die
2225 Teilnehmer*innen sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass
2226 ihnen
2227 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung
2228 gegeben wird.
2229 Bürgerräten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und
2230 Gesetzgebung
2231 zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen,
2232 ihnen aber
2233 nicht folgen. Bürgerräte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments
2234 oder als
2235 Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch
2236 auf
2237 Bundesebene möglich sein.

2238 **Föderale Europäische Republik**

2239 (238) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern.
2240 Daher brauchen
2241 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge
2242 weiterer
2243 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und
2244 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

2245 (239) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht
2246 einzelne
2247 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In
2248 ihr werden
2249 gleiche Rechte für alle Bürger*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich
2250 garantiert,
2251 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die
2252 Souveränität der Bürger*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität,
2253 wonach
2254 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene –
2255 Kommune, Land,
2256 Bund, EU – behandelt werden.

2257 (240) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament.
2258 Es ist in
2259 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der
2260 gesetzgebenden
2261 Gewalt. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu
2262 bringen,
2263 alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-
2264 Kommission soll in
2265 der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen

2266 Regierungssystems sein. Der
2267 Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen
2268 Parlament
2269 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug ist, um
2270 makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die
2271 nationalen
2272 Haushalte zu leisten.

2273 **Bundesstaat**

2274 (241) Wir denken Politik von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen wir
2275 leben, geben
2276 Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Den Stimmen der
2277 Regionen
2278 wollen wir auf europäischer Ebene mehr Gewicht verleihen. Demokratische
2279 Entscheidungen
2280 müssen so nah wie möglich an den Bürger*innen getroffen werden und immer dort,
2281 wo sie am
2282 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in
2283 den
2284 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

2285 (242) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen
2286 gestärkt werden.
2287 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und
2288 gleichwertiger
2289 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler
2290 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei
2291 Digitalisierung und
2292 Mobilität.

2293 (243) Länder und Kommunen brauchen eine eigene politische Gestaltungsfähigkeit
2294 sowie einen
2295 größeren Handlungsspielraum, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen
2296 Leistungen. Das
2297 Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern führt dazu, dass eine auskömmliche
2298 und
2299 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert ist. Es gilt
2300 allerdings nicht
2301 umgekehrt, dass also Kommunen oder Länder, die Aufgaben nicht wahrnehmen, sich
2302 an der
2303 Aufgabenerfüllung auf anderer Ebene beteiligen müssen. Das wollen wir ändern,
2304 dafür wollen
2305 wir einen Altschuldenfonds einführen sowie ein Investitionsprogramm
2306 Daseinsvorsorge
2307 auflegen.

2308 **Rechtsstaat und Sicherheit**

2309 (244) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und
2310 in Würde.

2311 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was
2312 jemand glaubt,
2313 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und seine Vorfahren
2314 kommen. Freiheit
2315 und Sicherheit bedingen sich.

2316 (245) Der Rechtsstaat ist der Garant für den Schutz der individuellen
2317 Freiheitsrechte und
2318 der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat bedeutet: Alle
2319 Menschen sind
2320 gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten. Der Rechtsstaat
2321 schützt die
2322 Grund- und Abwehrrechte des oder der Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen
2323 und
2324 exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine
2325 unabhängige und
2326 gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive,
2327 behördliche
2328 oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu
2329 korrigieren.
2330 Vertrauen in den Rechtsstaat setzt Rechtsdurchsetzung voraus.

2331 (246) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem
2332 Grundgesetz der
2333 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes
2334 Fundament.
2335 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung
2336 definiert
2337 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr
2338 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

2339 (247) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch
2340 weiter unter
2341 Druck gerät, muss die Vergabe von EU-Mitteln stärker an rechtsstaatliche
2342 Prinzipien geknüpft
2343 werden und der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht
2344 ausgeweitet
2345 werden. So erhalten alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.

2346 (248) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten,
2347 gehört zu den
2348 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei
2349 von Gewalt.
2350 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet, ein Ende des
2351 privaten
2352 Besitzes von tödlichen Schusswaffen mit Ausnahme von Jäger*innen und
2353 Förster*innen sowie
2354 illegalen Waffenbesitz stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

2355 (249) Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für die liberale
2356 Demokratie und
2357 die Sicherheit in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen
2358 Netzwerken und

2359 Verfassungsfeinden in und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der
2360 geistige Nährboden
2361 für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen
2362 muss Priorität
2363 für alle Sicherheitsorgane haben.

2364 (250) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der
2365 Staat muss
2366 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu
2367 gehören neben
2368 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme
2369 in aktiver
2370 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Moscheevereinen.

2371 (251) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag.
2372 Es gilt, die
2373 Aufgaben des Verfassungsschutzes zwischen Gefahrenerkennung und Spionageabwehr
2374 mit
2375 nachrichtendienstlichen Mitteln einerseits und der Beobachtung von demokratie-
2376 und
2377 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der
2378 ausschließlichen
2379 Nutzung von öffentlichen Quellen andererseits voneinander zu trennen, so dass
2380 die
2381 Öffentlichkeit in der Lage ist, darauf zu reagieren. Es braucht eine starke
2382 parlamentarische
2383 Kontrolle der Geheimdienste.

2384 (252) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Als
2385 sichtbarer Arm
2386 des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderer Weise Hüterin und
2387 Verteidigerin
2388 von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür braucht sie eine gute
2389 Ausstattung und
2390 ausreichend Personal – in der Stadt wie auf dem Land. Sie ist auf das Vertrauen
2391 aller
2392 Bürger*innen angewiesen. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten
2393 und
2394 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden.

2395 (253) Unser Leitbild ist das einer faktenbasierten Kriminal- und
2396 Sicherheitspolitik, die auf
2397 Prävention, Rechtsstaat und Information setzt. Sie koordiniert Verantwortung und
2398 geht den
2399 notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose
2400 Massendatenspeicherung schränkt
2401 individuelle Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.

2402 (254) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und
2403 Justiz durch
2404 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und
2405 europäische
2406 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch

2407 koordiniert und
2408 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden
2409 werden
2410 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden
2411 kann.

2412 (255) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf
2413 nur
2414 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung
2415 gesellschaftlicher
2416 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen
2417 Haftbefehle
2418 zügig vollzogen werden. Die Justiz ist entsprechend auszustatten. Damit die
2419 Justiz gut
2420 funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich auf das Wesentliche zu
2421 konzentrieren.
2422 Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatelldelikte wie
2423 Schwarzfahren
2424 entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen klar voneinander getrennt
2425 werden. Im
2426 Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im Mittelpunkt stehen.

2427 (256) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische
2428 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-
2429 Kampagnen, den
2430 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie
2431 weitreichende IT-
2432 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen
2433 manipuliert
2434 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden,
2435 gesetzliche
2436 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine
2437 rechtsstaatliche
2438 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

2439 (257) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im
2440 Netz trifft
2441 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen
2442 ins Internet
2443 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen
2444 Welt, unter
2445 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

2446 (258) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder
2447 sexualisierter
2448 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche
2449 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen
2450 und Mädchen
2451 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und Täterarbeit. Männer, insbesondere
2452 Jungen, die
2453 von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs-
2454 und
2455 Schutzangebote.

2456 (259) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken
2457 und für alle
2458 zugänglichen öffentlichen Verwaltung. Für verlässliche, transparente Behörden
2459 braucht es
2460 eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle Ausstattung. Die
2461 Aufgaben sind zu
2462 bewältigen, wenn sich die Verwaltung umfassend digitalisiert und automatisiert
2463 und
2464 ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe mit
2465 finanziell
2466 mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren.

2467
2468 (260) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.
2469 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler
2470 rechtlicher
2471 Gleichheit für viele Bürger*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe,
2472 durch Vielfalt
2473 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu
2474 sorgen, dass
2475 staatliche Strukturen alle Bürger*innen schützen und gleich behandeln.